

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Strofonto Nr. 24 bei der O.H.-Spedition Neuenbürg

Druck und Verlag der C. Mehl'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg

Nr. 45.

Neuenbürg, Freitag, den 22. Februar 1924.

82. Jahrgang.

Deutschland.

Karlsruhe, 21. Febr. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat den Antrag gestellt, daß die über die kommunalistischen Abgg. Post und Frau Unger verhängte Untersuchungshaft für die Dauer der Tagung des badischen Landtages aufgehoben werde. Gegen die genannten Abgeordneten ist bekanntlich beim Staatsgerichtshof ein Verfahren wegen Hochverrats anhängig.

München, 21. Febr. Der bayerische Landtag wird voraussichtlich die Form nach erst am Tage vor den Wahlen aufstellen. Bis gestern Abend lag amtlich folgendes Ergebnis über das Volksbegehren vor: Für Landtagsauflösung stimmten rund 751 000, für die Verfassungsänderung 713 000. Die Ergebnisse von 77 Bezirken nördlich der Donau stehen noch aus. Das vom Generalsekretär am 1. November vorigen Jahres für die Zeitungen: Berliner Börsenkurier, Berliner Tageblatt, B. Z. am Mittag, Frankfurter Zeitung, Volkische Zeitung und Vorwärts ausgelegene allgemeine Verbreitungsverbot für Bayern wurde aufgehoben.

Berlin, 21. Febr. Wie die Vorwärts Zeitung wissen will, soll das Reichsfinanzministerium für den 1. April ds. Jahres eine nicht unerhebliche Erhöhung der Beamtengehälter in Aussicht gestellt haben. Das Ausmaß der Erhöhung soll von der Befähigung der Reichseinkommen in den nächsten Wochen abhängen.

Aufhebung der Teilgemeindevetretungen?

Zu dem an die Staatsregierung gestellten Antrag, daß die Teilgemeindevetretungen aufgehoben werden und die Verwaltung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten auf die Organe der Gesamtgemeinde übergehen sollen, ist bekanntlich die besondere Rechnungs- und Kassenführung der Teilgemeinden aufgehoben werden und sämtliche öffentlichen Rechte und Lasten derselben auf die Gesamtgemeinde übergehen und endlich daß den Ortsrechnern ihre Stellung zu kündigen sei, wird der Vor- und Nachteil der Aufhebung der Teilgemeindevetretungen einer so großen Zuwachs und Umfang erhalten würden, daß sie von den bisherigen Gemeindevetretungen kaum mehr bewältigt werden könnten und wenn auch, daß diese jedenfalls eine viel höhere Befoldung erhalten müßten als bisher. Nach der Ortsvorsteher der Gesamtgemeinde würde so viel Geschäftsbelastung erhalten, daß eine Vermehrung des Personals im Rathaus fast nirgends zu umgehen wäre. Die Rechnungsgeschäfte in den Teilgemeinden könnten durch Befreiung der alten bürokratischen Rechnungswesen und Volkswirtschaft vereinfacht werden. Man gebe dem Teilrechner nur ein Tagebuch für seine Einnahmen und Ausgaben und weise am Jahresabschluss nur den Grundstock des Vermögens in Viegenheit und Kapital nach. Abgesehen von dieser formalen Seite würden alle Rechte und Gewohnheiten der Teilgemeinden rücksichtslos mit einem Federstrich weggenommen werden und an ein großes Kollegium übertragen werden, bei dem die einzelne Teilgemeinde mit ihrer Vertretung nichts bedeutet, weil sie numerisch zu schwach ist und bei Abstimmungen daher nicht entscheiden kann. Man muß die ganze Sache mit den Augen des Volkes ansehen, nicht mit der bürokratischen Brille. Dieses soll gefragt werden, dann wird ein anderes Echo herauskommen, eine Antwort, welche die beantragte Regierung als eine Verewaltung und ein Unrecht gegen die Teilgemeinden (im Jagstkreis: 148, im Donautal: 81) verurteilt. Es liegt ohnehin schon genug Stoff zur Unruhe im Volk, vermehrt man ihn nicht noch unndigertweise und lasse man das Volk mit Experimenten in Ruhe, die nur Erbitterung hervorrufen und ganz und gar nicht nötig sind.

Wiedereinsetzung vertriebenen Beamter nur mit Degouttes Genehmigung.

Düsseldorf, 20. Febr. Durch eine Entscheidung des Generals Degoutte wird festgestellt, daß bei den Beamten die Aufhebung der Ausweisung grundsätzlich nicht auch die Aufhebung der Amtsbestellung bedeutet. Wenn ein ausgewiesener oder seines Amtes enthobener Beamter ein neues Amt oder eine neue Anstellung im befehlten Gebiet erstrebt, muß er, falls die Befugnisbehörde nicht sofort die Gelände erteilt, neu ernannt und die Ernennung dem kommandierenden General zur Verfügung vorgelegt werden. Die Beamten dürfen ein Amt nicht aber antreten, bevor eine ausdrückliche Erklärung des Generals vorliegt, daß kein Widerspruch seitens der Befugnisbehörden erhoben wird. — Wie sagte doch Herr Poincaré in seiner Antwort auf die deutsche Palnote? „Wir werden und nicht in unheimliche Angelegenheiten mischen.“

Sozialdemokratischer Vorstoß gegen die Regierung.

Berlin, 21. Febr. Der Vorwärts veröffentlicht die Interpellation und die Antwort, die die sozialdemokratische Landtagsfraktion gestern im Reichstag einbrachte. In der Interpellation wird die Reichsregierung u. a. gefragt, ob sie bereit sei, in Übereinstimmung mit der Politik des englischen Arbeitsministers das Washingtoner Übereinkommen über den achtstündigen Arbeitstag sofort zu ratifizieren, ferner, was sie zu tun gedenke, um zu verhindern, daß durch Lohnabbau und übermäßig verlängerte Arbeitszeit erneut die arbeitspolitisch gefährliche Auffassung entsteht, als sei in nächster Zeit eine Lohnkonkurrenz von Deutschland auf dem Weltmarkt zu erwarten. Die eingebrachten Antworten betreffen Änderungen der Verordnung über die Arbeitszeit, der Verordnung über die Erwerbslosenunterstützung, die Frage der Beamtenbefoldung, die Personalabbauverordnung, die Arbeitszeit der Reichsbeamten, die Verordnung über die Abänderung der Strafvorschriften, die dritte Stenernovellevorordnung usw. Schließlich ist noch folgender Antrag zur Abänderung des Strafgesetzbuches eingebracht worden: Landesverrat im Sinne des § 92, Absatz 1, bestraft nicht, wer geistigliche Zustände bekannt macht, um ihre Abstellung durch deutsche Behörden herbeizuführen.

Tarifvorschläge im Reichseisenbahnbereich.

Berlin, 21. Febr. In der gestrigen Sitzung des händigen

Ausschusses des Reichseisenbahnrates wurden die Notwendigkeit und die Möglichkeit einer Ermäßigung der Gültertarife auf Grund der Vorlage der Reichsbahn eingehend beraten. Es wurde ein Antrag angenommen, der eine Ermäßigung aller Tarife der Normalklassen — nach Klassen gestaffelt — um 20 bis 10 Prozent beschwor. Die Ermäßigung vom 20. Januar von 8 Prozent ist in diesen Zahlen bereits enthalten. Für den kommenden Kohlentarif würden eine Ermäßigung um 25 Prozent und einige besondere tarifliche Erleichterungen beschwor. Zweck Wiederaufbau des Wirtschaftens sollen weitere Ausnahmetarife und Notstandstarife eingeführt oder vorhandene weiter ausgebildet werden, namentlich für Düngemittel, im Wasserwirtschaft und für die Seebäder. Die Gültertarife sollen überprüft werden, auch unter dem Gesichtspunkt der Lebensführung bestimmter Güter in höhere Tarifklassen. Es soll der Verwaltung überlassen bleiben, zu prüfen, ob und inwieweit der Antrag finanziell durchgeführt werden kann. Hinsichtlich der Personalverträge trat der Ausschuss der Vorlage der Verwaltung bei. Die Schmelzungsanstalten und die Preise der Kohlentarife bleiben unverändert. Eine Stellungnahme des Reichsverkehrsministers ist noch nicht erfolgt.

Sozialdemokraten gegen das hannoversche Selbstständigkeitsgesetz.

Der Bezirkstag der Sozialdemokratischen Partei in den Bezirken Oldenburg und Friesland, Aurich, Osnabrück und Bremen-Stadt, hat, wie der Vorwärts mittelt, am letzten Sonntag eine Entschließung angenommen, in der er die hannoverschen Proletarier in Stadt und Land auffordert, die deutsch-hannoverschen Spaltungsbestrebungen mit allen Kräften zu verhindern.

Ausland.

Basel, 21. Febr. Wie die Basler Nationalzeitung erfährt, wird Deutschland schon im Laufe des nächsten Monats auf ein Einreiseverbot in der Schweiz verzichten. Hinsichtlich war in Aussicht genommen, ein Jahresverbot zu einer Gebühr von 10 Schweizer Franken einzuführen. Räumlich sind die Grenzen der Schweiz aber so einer noch weitergehenden Erleichterung entschlossen.

Paris, 21. Febr. Der Bericht der Untersuchungskommission über den Untergang der „Titanic“ kommt zu dem einstimmigen Schlussfolgerung, daß weder ein Kollektivverschulden vorliegt, noch eine einzelne Person für das Unglück verantwortlich ist. (Es dürfte nicht wundern, wenn man Deutschland auch an diesem Unglück, das zweifellos auf französischen Schiffen und Unfähigkeit zurückzuführen ist, die Schuld zuschiebt. Schriftl.)

Washington, 21. Febr. Präsident Coolidge hat im Abgeordnetenhaus eine schwere Niederlage erlitten, als trotz seines Widerpruchs der demokratische Antrag zur Stenervorlage mit 229 gegen 196 Stimmen angenommen wurde. Das Amendement sieht eine Höchsteuerung von 44 Prozent vor.

Scharfe Kritik an den Reichstagsverhandlungen.

Basel, 21. Febr. Die Basler Nachrichten schreiben zu den gestrigen Verhandlungen im deutschen Reichstag: „Bei der Debatte über die Separatistenbewegung in der Pfalz denken die Herren Volksvertreter gar nicht daran, die jetzt geschaffene neue Situation zu erwägen und zu besprechen, sondern sie kommen mit dem durch die Vertreibung der Separatisten längst abgetanen, aus hundertem von Zeitungsausschnitten zusammengetragenen Material und bringen es damit fertig, von der ersten Stunde der Debatte an das Interesse an den Verhandlungen zu erlöten. Es gibt wohl kein Parlament in der Welt, das wie der deutsche Reichstag jegliche Fähigkeit zu wirklich aktueller Behandlung eines politischen Themas vermissen läßt.“ In dieser überhörschen Kritik liegt ein Kern von Wahrheit. Der Reichstag ist auch heute noch, nach dem kaumwärtigen Worte, die „Halle der Wiederholungen“. Aber der Herr des Basler Blattes, die Pfalz, werden als „längst abgetan“ hinzustellen, ist sehr unbedachtig. Von den neuesten französischen Übergriffen hat das Blatt wohl noch nichts gehört? Darin dürfte allerdings ein bedauerlicher Mangel an Fähigkeit zu wirklich aktueller Behandlung eines politischen Themas liegen!

Zosortige Durchführung des Goldbankprojektes.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht trat gestern Abend seine Rückreise nach Berlin an. Dr. Schacht hat gestern nicht mehr mit den Sachverständigen verhandelt. Von unterrichteter Seite wird bestätigt, daß die sofortige Schaffung der von dem Reichsbankpräsidenten vorgezeichneten Goldbank nach dem Verlauf der Pariser Verhandlungen gesichert sei.

Rücktrittsdrohungen Poincarés.

Paris, 21. Febr. Poincaré hat gestern im Senat bei der Debatte über die Wahlreform das Wort zu einer längeren Rede egriffen, in der er sich gegen die Wiedereinsetzung des Wahlrechts beschließen, so würde Poincaré seine Demission dem Senat auf den persönlichen Geist der Kammer und der Anhänger des Verhältnismäßigkeitsrechts zu antworten verstehen werde. Sollte der Senat aber den Anträgen seiner Kommission Folge leisten und die Wiedereinsetzung des Wahlrechts beschließen, so würde Poincaré seine Demission geben. Nach einer anderen Besart lauserte die Erklärung Poincarés dahin, er wünsche, wenn der Senat es ihm gestalte, mit Unterstützung beider Häuser des Parlaments das ihm anvertraute Werk fortzusetzen. Das könne er aber nicht bei einem Konflikt zwischen der Kammer und dem Senat über die Wahlreform. Werde gegen ihn entschieden, so werde er ohne Bitterkeit wieder als Senator seinem Vaterlande weiter dienen.

Lehrer stellt die Vertrauensfrage.

Paris, 21. Febr. Bei der Beratung des Händehandelsmonopols in der Kammer stellte gestern Finanzminister de Lastours im Einklang mit Poincaré die Vertrauensfrage. Ein Abänderungsantrag Duiffon, der die Streichung des Artikels 36 ver-

langt, durch den das Händehandelsmonopol abgeschafft werden soll, wurde darauf mit 356 gegen 215 Stimmen abgelehnt.

Vorstoß der „Times“ gegen das Luftfahrtministerium.

Die „Times“ schreibt in einem Leitartikel zur gestrigen Unterhausdebatte über die Luftverteidigung, es sei wahrscheinlich, daß nur der sehr vernünftige Entschluß des Sprechers, den Antrag auf Schluß der Debatte abzulehnen, die Regierung vor einer Niederlage im Unterhaus rettete. Niemand in England nehme auch nur einen Augenblick an, daß Unbedingtheit zwischen zwei so alten, bewährten alliierten Freunden wie Frankreich und England entstehen könnten. Trotzdem sei es wahr, daß ebenso wie England dem Einmächtsstandard für die Flotte aufrechtzuerhalten, obgleich ein Krieg mit den Vereinigten Staaten undenkbar sei, es nötig sei, für die Deimat eine Luftverteidigung zu schaffen, die fähig sei, die englische Küste gegen die unwahrscheinlichsten Angriffe zu verteidigen. Es könne nicht gesagt werden, daß die Antwort des Unterhaussekretärs für das Luftfahrtwesen auf die verschiedenen von Heare gestellten Fragen als Befriedigung befanden wurde. Der ganze Ton der Antwort des Unterhaussekretärs und seine vollkommene Unfähigkeit, mit einem ernsthafte Argument fertig zu werden, lasse auf eine gefährliche Schwäche im Luftfahrtministerium schließen, soweit die Vertretung dieses Ministeriums im Unterhaus in Betracht komme.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 20. Febr. Gestern Sonntag hielt der Arbeiterverein seine Jahresversammlung im Gasthof zur Sonne ab. Der Besuch hatte hiesiger sein dürfen, im Verhältnis zu der erfreulich starken Mitgliederzahl. In seinen Begrüßungsworten wies Vorstand Wähler darauf hin, daß endlich im deutschen Volk ein anderer Geist wie die eingezogen sei, der vaterländische Gedanke markierte, und es sei wieder Hoffnung vorhanden, daß wir aus der Tiefe wieder in die Höhe kommen. Aber noch gelte es, den Kopf hochzuhalten, um in der Schwere der Zeit nicht mutlos zu werden. Im weiteren Gedachte er es so unerwartet, daß von hier nach Zülpingen verlegenen Kameraden Herrn Fortmeier führt, von Gaisberg, Major d. R., der in treuer Anhänglichkeit unserer vaterländischen Sache zugetan war und dies auch in einem Abschiedsbrief in herzlichen Worten zum Ausdruck gebracht hat. Eines anderen Mannes, des im Vorjahr verstorbenen Präsidiumsmitgliedes Fortmeier, d. D. Fritz v. Keller, dessen Name mit der Schaffung von Kriegerdenkmälern stets verbunden bleiben wird, wurde ebenfalls vom Vorstand in ehrenden Worten gedacht. Der Jahresbericht wurde vom Schriftführer, Kam. Schür, erstattet. Daraus war zu ersehen, daß durch die im Vorjahre eingetretene völlige Herrichtung des Geldwesens die Tätigkeit des Vereins äußerst gehemmt war und dies und jenes Vorhaben des Vereins unausgeführt bleiben mußte. Die allgemeinen Vereinsgeschäfte und Angelegenheiten wurden, soweit solche nicht von den dazu berufenen Organen erledigt werden konnten, in 5 Ausschüßungen erledigt. Die jeweiligen Verhandlungsgegenstände wurden aus dem Protokollbuch verlesen. Derselben angetreten ist der Verein dreimal, gemeinsamer Ausflug und Teilnahme am Bezirks-Kriegerfest in Ottenhausen, gemeinsamer Kirchgang zu Ehren unserer gefallenen Kameraden und ein Familienabend. Außerdem fanden mehrere kameradschaftliche Abende statt. Ueber den Mitgliederstand ist die erfreuliche Tatsache zu erwähnen, daß uns das abgelaufene Jahr wieder 21 neue Kameraden gebracht hat. Durch Tod und Wegzug kommen 5 Kameraden in Abgang. Der Mitgliederstand beträgt nunmehr über 200 Kameraden. Irigend welche Störungen innerhalb des Vereins sind nicht anzutreten. Die Versammlungen und Zusammenkünfte waren alle vom Geist brüderlicher und kameradschaftlicher Stimmung getragen. Dem Jahresbericht erstattete Kam. Proff. Er hat, wie es das Einkünfte- und praktische war, unter den Willkären und Einkünften des letzten Jahres einen viden Bericht gemacht und da bekanntlich null von null aufsteht, seine Rechnung ab 1. Januar d. J. mit Goldmark begonnen. Hier half ihm unser so glänzend verlaufene Familienabend die kergebrannte Kasse wieder etwas zu stärken. Wir hatten nach Abzug aller Kosten und Verzählung des Bundesbeitrages noch einen Ueberfluß, der den Fond für unsere neue Goldmarkrechnung bildet. Allen Kameraden, die i. J. zu der Abendunterhaltung ihr Scherflein und mehr beigetragen haben, sei auch hier herzlich gedankt. Zu den Berichten gab die Versammlung ihr Einverständnis und Vorstand Wähler hat die Schriftführer und Kasse, den Dank des Vereins ab. Bei Punkt Sonstiges wurde eine Anzahl kleinerer Fragen behandelt. Unter einstimmiger Annahme wurde der Jahresbeitrag auf 4 Goldmark und das Eintrittsgeld auf 1 Goldmark festgelegt. Die Mitglieder des Kriegervereins I, die Altvetern, werden als Ehrenmitglieder angenommen und Herr Fortmeier führt, v. Gaisberg durch einstimmige Annahme zum Ehrenmitglied des Vereins ernannt. Zum Fahnenträger anstelle unseres verstorbenen Kameraden Jakob Stahl wurde Kamerad Seiger gewählt und als Stellvertreter hat Kamerad Bester zugefagt. Die Frage der Unterstüzung an Kranke Kameraden wurde dem Antrag des Ausschusses entsprechend geregelt. Beschlossen wurde ferner, einen Ausflug im Monat Mai nach dem Engelsbrücken Aussichtsturm—Südenbrunn—Waldschachtel—Pionierweg anzuführen. Erfreulicherweise haben hierzu die Kameraden der Reichsbahn wieder ihre Mitwirkung zugefagt. Zur Bestreitung kam noch die Frage der Befestigung der Bezirks-Sterbefälle. Kassen hierzu die Kameraden Puck, Knodel und Schür Stellung genommen hatten, wurde beschloffen, beim diesjährigen Bezirks-Kriegerfest zu beantragen, wenn möglich die Sterbefälle weiterzuführen, insbesondere mit Rücksicht auf die alten Kameraden, und das Sterbegeld auf 60 Goldmark und den Jahresbeitrag auf 3 Goldmark pro Mitglied festzusetzen. Kurz gestreift wurde noch die

die Luftflotte werde ausge-
der letzten Regierung. Im
internationalen Atmosphäre
Seely nannte unter dem
de Beachtlich und
anzügliche Kuberkolif in der
in ihrem Zeitraße, die neu
in der Pfalz sei kein sehr
Uekehr von Berechtigtheit und
annei oder daß sei die Frank-
unwidrig. Das Blatt wird
deutschen Bürgermeister und
ahl mehrere Tausende betrage
t in der Pfalz angenommenen
reicher Wohnhaus ist.

Bezirks-Konsumverein.
Mitglieder!
Steigert den
Umsatz
im eigenen Geschäft
durch Einkauf des ganzen
Bedarfs. Es ver-
billigt die Waren.

21. Februar 1924.
Anzeige.
ist mein lieber Mann,
Kübler,
und Holzrechner
am Ende,
t großer Geduld
im Kleinen zuzug.
sanft in dem Herrn
er Trauer:
Kübler, geb. Gräfin.
leben Kindern.
nachmittag 3 Uhr.

berg.
Einladung.
Belannte zu unserer am
Februar 1924,
am „Olsen“
nden
s-Feier
eppler,
er, Limonade-Geschäft.
uhart,
a. M.

Konto-Büchlein
empfehl
Mehl'sche Buchhandlung.

Bezirks-Konsumverein.
Mitglieder!
Wer von Euch in der
Lage ist, der bezahle seinen
Geschäftsanteil
schnellstens und restlos.
Nur dadurch ist reich-
haltige Warenbeschaffung
zu bill. Preisen möglich.

... eine Karte an
... in den Telefon-
... eine Leiter,
... sich einer der
... sofort getötet

hr.

... markt am Dieb- und
... 210 Jungfrauen,
... Schneide, 31 Schale,
... Lebensgewicht in Gold-
... 2, 25-31 (24
... (22-25), Jungfrauen
... 30 (21-28), Räder
... 16 (10-15), Räder
... 44 (40-44), Schokolade
... 5-31 (38-64), Ber-
... (Seife.) Die Stimmung
... abendungen sind höher.
... enghen Grenzen, da
... der Reichstag bei den
... 19,50-21 (18,50 bis
... 14 (13-15,50), Weizen
... und), Kleie 8,50 bis
... 8,75-9,75 (und).

... An den Groß-
... harem Ausmaße. Ge-
... Sächsischen in Ueber-
... den Markt, bezogen
... 19,50-21 (18,50 bis
... 14 (13-15,50), Weizen
... und), Kleie 8,50 bis
... 8,75-9,75 (und).

... 27 Str. Weizen, 8 Ztr.
... 1000, Weizen für 1 Ztr.
... 6,50-7,50 Markt.

... 1000, Weizen für 1 Ztr.
... 6,50-7,50 Markt.

... 1000, Weizen für 1 Ztr.
... 6,50-7,50 Markt.

... Verkauf
... Pforzheim,
... Walsenhausplatz 2.

... Sportwagen
... Ruhestühle,
... Lederwaren
... Pforzheim,
... Walsenhausplatz 2.

... von einem so ver-
... chmeißler ein
... Sie lassen zum Auf-
... freilich nicht zu vor-
... der Kapitän sich an
... de fühlen, die Reise

... gere Zeit zum Kaufen
... den, die Nacht hier
... ine aus, „Ich bin ja
... nneßmeu?“

... n verkauft können,
... als so transportiert
... mit einem Juden der

... der Kapitän fort,
... e Gefangenen nötig,
... gibt - Repetierler,
... ein Signal gefolgt
... ruhen in den Ställen
... als einen großen
... dort zu seinen Ges-

Personenpolitik der Reichsbahn beschäftigt und diese als unsozial bezeichnet. Sie mündet sich u. a. gegen die geplante Einführung des Lichtschalters bei den Lokomotoren. In der Meldung über die geplante Ausgabe von neuen Bauschein tritt die „Hessische Zig.“ noch mit, daß es sich um Sätze von 1, 2 und 3 Mark handeln solle. Das neue Geld werde nicht von der Rentenbank, sondern von der Reichsbank auszugeben werden und die von Papiergeldnoten, die ausgetauscht und aus dem Verkehr gezogen werden sollen. Das Schicksal des Reichstags ist nach wie vor ungewiß; die gegnerischen Verhandlungen mit der Sozialdemokratie haben noch zu keiner Klärung geführt. Die Debatte des Reichstags der Räte, welche beide Herren Mitglieder der neulich in den Schweizer Alpen verunglückten Berliner Ehegesellschaft waren, sind aufgehoben worden. In der bayerischen Grenze wurde der Handlungsgehilfe Rich Admel, der unter dem Verdacht eines in Wien begangenen Landesverrats von der Oberreichsanwaltschaft gefaßt und in dem Budapester Prozeß gegen Kain und Genossen als Späher in Rolle gefaßt hat, verurteilt. Admel ist bereits nach Leipzig übergeführt. Vorgeschieden sind 80 Arbeiter der Elektrizitätsgesellschaft, wegen Kohlenreuegeleiten in den Ausland getreten. Da die Streikenden trotz wiederholter Aufforderung der Firma, die Arbeit aufzunehmen, im Ausland verblieben, wurden heute sämtliche Arbeiter entlassen.

Warschau, 21. Febr. Verfassungsrat wurden hier etwa 50 politische Verleumdungen verurteilt, hauptsächlich Führer und Mitglieder der sozialistischen Gewerkschaften. Der Chef des Generalstaates, General Hauser hat sein Entlassungsgesuch eingereicht, dem nicht entsprochen wurde.

Paris, 21. Febr. Der Ministerrat hat in seiner heutigen Sitzung beschlossene, Ausländer zu den französischen Verleumdungen zuzuzählen, wenn sie die besondere Genehmigung von den zuständigen Behörden erlangen.

Christians, 21. Febr. Der letzte Versuch des staatlichen Schlichters, eine Einigung zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern zu erzielen, ist mißglückt. Heute abend treten weitere Streikaktionen in Kraft. An dem Konflikt sind im ganzen 44 000 Personen beteiligt.

Washington, 21. Febr. Der Generalanwalt Roberto hat den von den republikanischen Senatoren aus Anlaß des Petroleumskandals von Teodoro Dore verlangten Rücktritt abgelehnt.

Die Drangsalierung der Steuerzahler.
Stuttgart, 21. Febr. Der Abg. Dengel hat an das Staatsministerium folgende kleine Anfrage gerichtet: Mit dem Staatsministerium bekannt, daß die Steuerpflichtigen zur Auslieferung einer Schuldverschreibung zu Gunsten der Deutschen Rentenbank innerhalb von zwei Wochen vor dem Vorleben des Finanzamts zu erscheinen haben? Was bedeutet das Staatsministerium zu unternehmen, um beim Reich eine Verweisung von dieser Vorschrift, deren Erfüllung für die Steuerpflichtigen mit großer Zeitverfassung und viel Unkosten verbunden ist, zu erreichen? Unterschrift von der betreffenden Schuldverschreibung wäre doch einfacher.

Eine Verurteilung.
Stuttgart, 21. Febr. Der Militärbehörden hat der „Schwäbischen Tagespost“ eine Verurteilung erteilt, weil sie die Tätigkeit der Reichsbahn in Thüringen als ein „wahres Schreckensregiment“ bezeichnet hat. Bekanntlich war in Thüringen hauptsächlich baltische, württembergische und bayerische Reichsbahn, also Truppen der 5. Division, tätig. Diese haben wie die anderen dort verwendeten Truppen von den breitesten Kreisen der Thüringer Bevölkerung die lebhafteste Anerkennung für ihre gute Haltung erfahren. Ganz besonders wurden die Reklamationen auf dem Gebiet der Fürsorge und Nothilfe gerühmt.

Selbstauflösung des bayerischen Landtags.
München, 21. Febr. Der Landtag hat einstimmig einen gemeinsamen Antrag aller Parteien angenommen, in dem die Staatsregierung ersucht wird, die Landtagswahlen auf den 6. April festzusetzen. Der Landtag wird am 5. März auflöst und wird die noch zu erledigenden Arbeiten in kürzester Zeit abschließen.

Ein weitere Schadenersatzforderung der Regie.

Darmstadt, 21. Febr. Die Rheinlandskommission hat der heftigen Regierung und dem Reich eine weitere Schadenersatzforderung in Höhe von 50 000 Franken zugunsten der Eisenbahnregie zugestellt. Es handelt sich dabei um Schäden, die am 14. Juni 1923 durch einen Anschlag in Koblenz - Bahnhof Binger-Main - entstanden sein sollen. Die Forderung, die sich auf einen Beschluß der Rheinlandskommission vom 20. Juni 1923 gründet, räumt eine Zahlungsfrist von 14 Tagen ein. Die Festlegung dieser Zahlungsfrist ist also immerhin etwas günstiger, als bei dem dieser Tage gemachten Vorfall, in dem die Zahlung einer Summe von 50 000 Franken ohne irgendwelche zureichende Unterlagen innerhalb 5 Tagen gefordert wurde. Das Reich und der heftige Staat sind natürlich nicht in der Lage, solche unglücklichen Forderungen ohne eingehende Prüfung in der gefestigten kurzen Frist zu bezahlen. Man beschwert daher nach allem Brauch des Reichstages im besetzten Gebiet durch Angriffe auf die öffentlichen Kassen.

Die Reichspolizei in der Praxis.

Kaiserlautern, 21. Febr. Ein Polizeibeamte sind verurteilt worden. Polizeirat Engmann ist nach Wiesbaden verschleppt worden. Ferner wurde verurteilt der Direktor der Lehrerbildungsanstalt, Weitzing. Die deutsche Polizei wurde am Samstagabend außer Dienst gesetzt. Die Waffen sind ihr mit Ausnahme der Säbel abgenommen worden. Die Schulleute müssen zusammen mit französischen Soldaten Patrouillengänge machen. In Reichsweinsiedeln hat die französische Gendarmerie in den letzten Tagen zwei Personen verhaftet, weil sie angeblich gegen den separatistischen Arbeitergewerkschaftler Hoffmann von Reizenheim etwas unternommen wollten. Die Verhafteten befinden sich zurzeit im Amtsgerichtsgebäude. Sämtlichen Waffenscheitern der Stadt Weinsiedeln wurden auf Anordnung der Besatzungsbehörden die Waffen entzogen. Sie wurden in Stadthaus in Verwahrung genommen. Die Gendarmerie ist noch im Besitze ihrer Waffen, der deutschen Polizei sind jedoch auch die Säbel abgenommen worden.

Irrefühliche Geldverschleuderung für die Rheinlandbesatzung.

Die französische Besatzung im Rheinland fährt unentwegt fort, neue kostspielige, die deutschen Sanierungsarbeiten durchkreuzende Forderungen zu stellen. So hat sie neuerdings wiederum eine auf mehr als 600 000 Goldmark veranschlagte Liste für schwere Artillerie in Bonn gefordert. Des weiteren verlangen die Franzosen, ebenfalls in Bonn, den Bau einer Kanone für eine Telegraphen-Kampagne, andernfalls werde für deren Unterbringung die Unideckel beschlagnahmt werden! Die Kosten für die in den letzten Monaten angeforderten Bauten erreichen 30 Millionen Goldmark.

Gerichtliche kommunistische Redakteure.

Reipzig, 21. Febr. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat gegen mehrere kommunistische Redakteure verurteilt. Der Redakteur Scholze aus Berlin wurde wegen Verleumdung des Reichspräsidenten durch Karikaturen in dem sozialistischen Blatt „Volkstreu“ zu 1 Wochen Gefängnis verurteilt. Ferner von der Hamburger Volkszeitung und Räder von der Gothaer Volkszeitung, sowie Hoffmann vom „Kämpfer“ in Chemnitz erzielten wegen des Abdruckes des Aufrufes der Zentrale der kommunistischen Partei „Kieder mit der Regierung der nationalen Schmach und des Hochverrats“, der bereits mehrfach dem Staatsgerichtshof beschlagnahmt, je 4 Wochen Gefängnis.

Aufgehobene Verammlung.

Draunshorn, 21. Febr. Gestern abend ist durch die Polizei eine Verammlung des Germanenbundes aufgehoben worden, da bei dem Bund der Verdacht besteht, daß er die Fortsetzung der verbotenen Nationalsozialistischen Kampfbewegung Deutschlands ist. Etwa 150 Teilnehmer, darunter der frühere draunshornische Reichspräsident Sepp Center, sind zur Festhaltung ihrer Person im Polizeipräsidium eingeliefert worden, von wo sie in der Nacht wieder entlassen wurden. Einige Personen, die gegen das Material vorgefunden wurde, wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Die neue thüringische Regierung.

Weimar, 21. Febr. Der Landtag wählte gestern auf Antrag der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und des Landbundes die neue thüringische Regierung in folgender Zusammensetzung: Minister für Finanzen: Dr. Stolze-Weimar, Ministerium für Inneres und Landwirtschaft: Landrat a. D. Dr. Sattler, Ministerium für Volksbildung und Justiz: Oberverwaltungsgerichtsrat Heubner. Zum Präsidenten des Landtages wurde der Abgeordnete Dr. Bernsd vom Landbund gewählt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 21. Febr. Die heutige Sitzung des Reichstags galt der schärfen heimgelachten Pöbel. In Beantwortung der verschiedenen Interpellationen führte der Minister für die besetzten Gebiete Dr. Höse aus, daß die Franzosen nunmehr, nachdem sie durch den Separatismus ihr Ziel nicht erreichten, nach anderen Mitteln suchen würden. Mit der ganzen Bewegung hätte man schon früher ein Ende machen können, wenn die französischen Salongäste und die Abteilungskommissionen nicht unerschrocken hätten. Trotz der Entlohnung der Polizei sei es der Bevölkerung gelungen, ihr Deutlichkeit zu machen und mit dem Separatismus ein Ende zu machen. Darunter gab es deshalb allen Schichten des deutschen Volkes. Als Voraussetzung der dringend nötigen Lösung der Reparationsfrage gelte die Wiederherstellung des früheren normalen Zustandes in Verkehr und Verwaltung. Die Einstellung der Reparationsforderungen in gegenwärtigen Augenblick sei unmöglich, wollte man nicht neues Elend der Bevölkerung auslösen. Aber auf die Dauer: und im jetzigen Ausmaße seien die Kosten untragbar. Die ausgewiesenen Privatpersonen würden wie die Beamten der Gruppen 5, 8 und 11 entschädigt werden. Reichsminister Emminger ist für eine Ueberweisung des deutschnationalen Antrages an den Reichspräsidenten, weil er von einschneidender Bedeutung für das Reich sei. In der Beantwortung der Interpellationen behauptet der sozialdemokratische Abgeordnete Westmann, die parteipolitische Einstellung bei dem parlamentarischen Ausschuss, die Verdrängungen der Sozialdemokraten von Seiten der Rechten seien dabei zu Unrecht gewesen. An der zuverlässigen und vaterländischen Gesinnung der parlamentarischen Sozialdemokraten bestreite kein Zweifel. Abgeordneter Dr. Japp (Deutsche Volkspartei) schildert die Leiden der thüringischen Bevölkerung, die diese unter dem Druck der Franzosen zu erdulden hat. Frankreichs Politik sei, das Rheinland zu einem französischen Kolonialgebiet zu machen, dessen Bewohner rechtlos sein sollten. Möge sich das liberale und vernünftige Frankreich, ein solches Gede als noch fragen, ob es richtig sei, die nationalen Lebensbedingungen aufzuheben. Die parlamentarische Bevölkerung verlange die Wiederherstellung ihrer Menschenrechte. Der Deutsche Reichspräsident ist erheitert über das tapfere Verhalten der thüringischen Pfälzer und glaubt, daß das Schicksal mit allen noch bevorsteht. Die Lehren aus der Vergangenheit müßten für die Zukunft gelten. Die Bestrebungen auf Lösung des Rheinlands von Deutschen Reich aus Seiten der Franzosen seien unvollständig. Der durch den Waffenstillstand gesogene Schaden sei von den Franzosen weit überschritten worden. Mit dem passiven Verhalten gegenüber den französischen Rechtsbrüchern seien keine Freunde nicht entstanden. Der aktive Kampf müsse eröffnet werden. Monarchie oder Republik spiele bei der Verteidigung des Vaterlandes keine Rolle. Die Vorgänge der Pöbel müßten der ganzen Welt zeigen, daß statt Frankreichs Deutschland Anspruch auf Sicherheit habe, um seine Menschenrechte zu behaupten. Das System der Okkupation müsse verschwinden. Die wahre Freiheit müsse erlangt werden. Abg. Gerkenberger (SPD) warnt vor den Bestrebungen auch im Namen des Reichs, die Pöbel von Bayern loszulassen. Bayern und Pöbel gehören zusammen. Abg. Fran Bilik (SPD) protestierte im Namen der Frauen gegen die Rede Heffers, soweit sie sich nicht gegen die französische Regierung, sondern gegen das französische Volk richtet. Es sei zu hoffen, daß das französische Volk seine Regierung zur Ordnung rufe, denn sonst würde der Augenblick kommen, in dem Herr Heffers mit seiner Diktate mehr Verständnis finde, wie in der gegenwärtigen Stunde. Abg. Thomas (Komm.) hält alle Verurthe, die Proletariat der Länder gegeneinander aufzubringen, für aussichtslos. Um sechs Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

Gewährung von Krediten zur Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft.

Berlin, 21. Febr. Auf eine Anfrage der Reichstagsabgeordneten Lehmann und Genossen über die Gewährung von Krediten zur Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft hat die Reichsregierung folgende Antwort erteilt: Seit Mitte Januar hat die Reichsregierung darauf hingewirkt, daß die für die Wiederbelebung der Wirtschaft erforderlichen Kredite reichlicher durch die Reichsbank zur Verfügung gestellt werden mit dem Erfolge, daß am 7. Februar von der Reichsbank ausgegeben waren: 1. An Papiermark und werthbeständig: a) auf Grund diskontierter Wechsel und Schecks 4129 Millionen Goldmark, b) auf Grund von Lombardierungen, im wesentlichen von Wechseln, 130,0 Millionen Goldmark, Summa 5429 Millionen Goldmark; 2. an Rentenmark: a) auf Grund von Wechseln und Schecks 429,9 Millionen Goldmark, b) auf Grund von Lombardierungen, im wesentlichen von Rentenmarkwechseln, 19,6 Millionen Goldmark, Summa 623,5 Millionen Goldmark. Demnach betrug der Gesamtbetrag an Krediten 1160,4 Millionen Goldmark. Gegenüber diesem Betrag waren noch am 31. Dezember 1923 der entsprechende Bestand an Krediten bei der Reichsbank: 1. an Papiermark werthbeständig: a) auf Grund diskontierter Wechsel und Schecks 307,5 Millionen Goldmark, b) auf Grund von Lombardierungen, im wesentlichen von Wechseln, 141,3 Millionen Goldmark, Summa 448,8 Millionen Goldmark; 2. an Rentenmark: a) auf Grund von Wechseln und Schecks 15,2 Millionen Goldmark, b) auf Grund von Lombardierungen, im wesentlichen Rentenmarkwechsel, 17,0 Millionen Goldmark. So 1422 Mill. Goldmark, im ganzen also 591,0 Mill. Goldmark. Es ergibt sich hieraus, daß in sechs Wochen nicht weniger als 575,4 Millionen Goldmark an Krediten von der Reichsbank neu gegeben wurden. Demgegenüber nun anzusetzen werden muß, daß der Kreditbedarf in Deutschland hierdurch nicht befriedigt ist, so muß doch bei der Kreditgewährung jetzt zurückgehalten werden. Was die Frage der unmittelbaren Rentenmarktdarlehen anlangt, so geht das Bestreben der Reichsregierung dahin, Kredite, welche wegen der Einbehalten der Diskont- und Kreditpolitik alle über die Reichsbank laufen müssen, von dieser möglichst unmittelbar allen Kreisen zuzuleiten, welche in der Lage sind, reichsbankfähige Unterlagen zu liefern. Auch darüber hinaus hat die Reichsregierung nicht ohne Erfolg auf eine Ermäßigung der von den Banken und sonstigen Kreditinstituten berechneten Zinssätze hingewirkt.

Bekanntes Naturteil eines belgischen Kriegsgerichts.

Vor dem belgischen Kriegsgericht in Aachen (und die Revisionsoberhandlung gegen die vier Deutschen hat, die am 29. Dezember wegen angeblicher Eisenbahnabotage verurteilt worden waren. Das Kriegsgericht sprach den Angeklagten Schwager frei, der in erster Instanz zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war, bestätigte aber das Urteil erster Instanz gegen die drei anderen Angeklagten, das gegen zwingens auf Freispruch, gegen Mangel auf lebenslängliches Justizhaus und gegen Reuhaus auf 15 Jahre Justizhaus gelautet hatte.

Die deutschen Kolonien.

Paris, 21. Febr. Ein Berichterstatter des „Intransigeant“ will von einem Sachverständigen der in Versailles tagenden Komitees erfahren haben, daß gewisse Sachverständige vorgeschlagen hätten, Deutschland seine Kolonien ganz oder teilweise zurückzugeben, um den Ausgleich des Budgets zu erleichtern. Der Gewährung des Berichterstatters soll es für möglich erklärt haben, daß diese Frage zur Debatte gestellt werde. (Wir geben diese unglücklich klingende Nachricht mit allem Vorbehalt. Schriftl.)

Der Ansturm der Ruhrbesetzung.

London, 21. Febr. Der diplomatische Berichterstatter der „Weltminister Gazette“ schreibt, das bemerkenswerthe Kennzeichen der augenblicklichen Lage im Ruhrgebiet sei, daß die Franzosen auch im Januar nur einen Teil der Kohlen und des Stahls erhalten hätten, den sie vor der Besetzung bekamen, daß also nicht die Kohlen der Besetzung und der Verwaltung gedeckt seien. Dieser Mangel sei aber noch nicht ausreißend auf die Arbeitslosigkeit der Deutschen, sondern auf die hoffnungslose Desorganisation der deutschen Eisenbahnen unter der französisch-belgischen Kontrolle. So sei am Voreabend der französischen Wahlen die Seisenbahn des Departements Poincaré, daß er das Ruhrgebiet zehren lassen werde, zerstört.

Auslandshilfe für die deutsche Not.

Madrid, 21. Febr. Der Kardinalbischof von Toledo und Primas von Spanien hat beschloffen, demnachst in sämtlichen katholischen Kirchen Spaniens eine Sammlung für die armen deutschen Kinder zu veranstalten. Die Sammlung findet nicht an ein und demselben Tage statt, weil die verschiedenen Diözesen bereits eine Reihe von Sonntagen mit anderen Sammlungen belegt sind. Der Kardinalprimas hofft auf ein recht gutes Ergebnis.

Der dem Ende des englischen Doktorarbeiterkreises.

London, 21. Febr. Die Vereinbarung zur Beilegung des Doktorarbeiterkreises sieht eine sofortige Lohnerhöhung um einen Schilling und eine Erhöhung der Löhne ab 1. Juni um einen weiteren Schilling vor. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Im Unterhause rief Premierminister Macdonald mit: Ich glaube, daß die Verhandlungen im Doktorarbeiterkreis heute von den Arbeitern angenommen werden und daß die Arbeit in einigen Fällen bereits morgen, in den übrigen am 23. Februar angenommen wird.

Ceßnung der englischen Archive.

Auf eine Anfrage des Abg. Karel erklärte der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Bonionbos, die englische Regierung erwäge, in welcher Form die englischen Dokumente, die sich auf die Vorkriegszeit beziehen, veröffentlicht werden könnten. Die Ankündigung Bonionbos ist von großer prinzipieller Bedeutung. Sicher ist die Ankündigung Karel nicht ohne Vorwissen des englischen Außenministers erfolgt. Wenn wirklich nun die englischen Archive nach dem deutschen Beispiel sich öffnen, erübt die Legende von der deutschen Weisheit am Krieges wohl einen vernünftigen Schlag.

Englische Stimmen gegen das Geschick in der Pöbel.

London, 21. Febr. Der Sonderberichterstatter der „Times“ in Ludwigshafen schreibt: Keine Berichte aus verlässlichen Quellen der Pöbel bestätigen den Anspruch, daß der Grundbesitz, nur keine Heuresalien, von den Franzosen durchaus nicht unparteiisch behandelt werde. Den separatistischen Angriffen werde Unverletzlichkeit verlehrt, während die Deutschen von den separatistischen Angriffen verdrängt würden. Ein Geschickssystem sei eingeführt und so sei jeder Bürger von Bedeutung im Falle individueller Katastrophen der Verhaftung ausgesetzt. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph sagt, in London sei eine gewisse Beunruhigung hervorgebracht worden durch die Meldungen von zahlreichen Verhaftungen und Verurteilungen von Beamten und anderen lokalen Bürgern in der Pöbel lediglich unter der Beschuldigung, den Separatisten Widerstand geleistet zu haben. Diese Angelegenheit wird die hieser unterzucht werden. Als bei den letzten internationalen Verhandlungen dem Gedanken einer allgemeinen Konferenz zugestimmt worden sei, sei darunter in London nicht verhandelt worden, daß solche allein auf die Separatisten Anwendung finden sollte. Es werde natürlich erwartet, daß jede weitere ausländische Unterstützung der Separatisten nunmehr aufhören würde.

Das Schicksal der Jarenhandbücher.

Zum 30-jährigen Jubiläum der Dumasche Romanovs war demnach die Aufstellung einer Reihe von Statuen der Jaren dieses Jahres geplant. Nach dem Ausbruch des Weltkrieges wurde die Aufhebung des Planes hinausgeschoben, bis der Sturz der Dumasche ihn endgültig amidierte machte. Jetzt ist, dem „Ost-Review“ zufolge, beschlossen worden, die Bronze von zwei Statuen, die Alexander III. und Nikolai II. darstellen, zum Guss des Denkmals für den Revolutionär Plechanow zu benutzen.

Stangen-Versteigerung.

Das Forstamt Mittelberg in Gillingen versteigert am Freitag den 29. Februar 1924, um 9 Uhr, in der Nähe z. Marzell aus den Staatswaldungen Distrikt I und II 1528 Baustangen, 500 Hagstangen und Saumpfähle, 2981 Hopfenstangen, 900 Rebsteden und 100 Bohnensteden.

Vorgehler des Holzes für Dist. I Forstwart Kraß, Mittelberg, für Dist. II Forstwart Blöth, Wehlinschwandebhof. Losverzeichnisse durch das Forstamt.

Ruhr-
Brekoks,
Aufkohlen,
Schmiedekohlen,
Anthracit-Kohlen
empfehl in Fuhrern und Wagonbezug
Telefon 308, Ferd. Laibla, Telefon 308
Pforzheim-Güterbahnhof.

